

# POLITISCHER HINTERGRUNDBERICHT

**Projektland: Mauretanien**

**Datum: November 2015**

## Mauretanien – vergessenes Land Arabiens

Auch im bevölkerungsärmsten Land des Maghreb haben die Ereignisse des Arabischen Frühlings Spuren hinterlassen

### Mauretanien im Kontext

Obwohl der westafrikanische Wüstenstaat fast dreimal so groß wie Deutschland ist, besitzt er nur ca. 3 Millionen Einwohner und gilt als eines der ärmsten Länder der Welt. Selbst viele in der Region wissen nicht, dass Mauretanien Mitglied der Arabischen Liga ist. Eines der wenigen Themen, mit denen Mauretanien international Aufmerksamkeit erregt, ist die Sklaverei: Mit bis zu 600.000 Sklaven<sup>1</sup> hat das Land prozentual den höchsten Sklavenanteil weltweit, obwohl Sklaverei offiziell mehrfach abgeschafft und 2007 kriminalisiert wurde. Im internationalen Kontext spielte die ehemalige französische Kolonie lange Zeit keine Rolle. Seitdem große Eisenerzvorkommen sowie Erdöl, Kupfer- und Goldminen entdeckt wurden, investiert insbesondere China in die örtliche Infrastruktur und schließt umfassende Abkommen mit dem mauretanischen Staat zur Förderung der Rohstoffe ab. Mauretanien gewinnt zunehmend an Bedeutung im Kampf gegen Al-Qaida im Maghreb (AQIM) und gilt in diesem Zusammenhang als wichtiger Verbündeter des Westens.

Als sich nach der Selbstverbrennung des tunesischen Gemüsehändlers Mohamed Bouazizi im Dezember 2010 zunächst das tunesische Volk und anschließend viele weitere Völker in Nordafrika und im Nahen Osten in Massenunruhen gegen ihre Regierungen erhoben, riss die revolutionäre Stimmung auch Mauretanien mit. Obwohl die ganze Welt auf die Region blickte und akribisch genau die dramatischen Ereignisse in Ländern wie Libyen oder Ägypten verfolgte, schien kaum jemand zu bemerken, dass auch Mauretanien in Aufruhr geriet.

Der folgende Bericht enthält neben einer kurzen Darstellung der politischen Verhältnisse in Mauretanien eine Beschreibung der mauretanischen Proteste im Rahmen des sogenannten Arabischen Frühlings sowie der kurzfristigen und langfristigen Auswirkungen der Unruhen auf das Land.

## Das vorrevolutionäre Mauretanien

Mauretanien ist bekannt für seine politische Instabilität und seine zahlreichen Coups. Seit der Unabhängigkeit im Jahr 1960 gab es ein halbes Dutzend erfolgreicher Putsch, neben zahlreichen gescheiterten Versuchen. Im Jahr 2005 vertrieb das Militär den seit gut 20 Jahren regierenden Präsidenten Taya und kündigte eine Demokratisierung des Landes an. Im Jahr 2007 wurde mit Präsident Abdallahi dementsprechend demokratisch ein neues Staatsoberhaupt gewählt. Jedoch wurde Präsident Abdallahi durch General Mohamed Ould Abdel Aziz schon ein Jahr später in einem Militärputsch im August 2008 abgesetzt und unter Hausarrest gestellt. Das warf den Demokratisierungsprozess des Landes wieder zurück. Im darauffolgenden Jahr setzte General Aziz Präsidentschaftswahlen an, um sich vom Volk als Staatsoberhaupt bestätigen zu lassen, doch die Wahl wurde von der Opposition als ungerecht bezeichnet und heftig kritisiert, obwohl Aziz von der internationalen Gemeinschaft bald akzeptiert wurde. Seitdem nahm Präsident Aziz gegenüber der Opposition eine kompromisslose Haltung ein, doch im Gegensatz zu früheren Diktatoren veranlasste er nie Razzien oder Massenverhaftungen politischer Gegner<sup>2</sup>.

## Chronik der Proteste

Ebenso wie der tunesische Gemüsehändler Bouazizi setzte sich am 17. Januar 2011 ein 40-jähriger Mauretanier namens Yacoub Ould Dahoud vor dem Präsidentenpalast der Hauptstadt Nouakchott in Brand, um gegen die autoritäre Herrschaft von Präsident Aziz zu protestieren. Dahoud, der im Gegensatz zu seinem tunesischen Pendant aus einer wohlhabenden Familie stammte, erlag sechs Tage später seinen schweren Verbrennungen. Auf seiner Facebook-Seite hinterließ er ein Manifest mit einer Liste von Forderungen, einschließlich der nach dem Rücktritt von Präsident Aziz. Außerdem prangerte er die Dominanz des Militärs in der mauretanischen Politik, die Miswirtschaft und Korruption in der Regierung sowie Sklaverei und Tribalismus in der Gesellschaft an<sup>3</sup>.

Die Selbstverbrennung Dahouds blieb nicht ohne Wirkung: In den darauffolgenden Tagen begannen Studenten – zusätzlich motiviert durch die Erfolge in Tunesien und Ägypten – erste Proteste zu organisieren, die schließlich immer größer wurden. Die meisten Protestkundgebungen, Sitzstreiks und Märsche wurden aus symbolischen Gründen auf dem Place de Bloques abgehalten. Da die Gebäude an diesem Platz allesamt an Geschäftsleute verkauft wurden, die dem Präsidenten nahestanden, war der Platz für die Regimegegner zum Inbegriff von Korruption und Nepotismus geworden<sup>4</sup>. Die Anzahl der Demonstranten war im Vergleich zu anderen Ländern klein: Einige Tausende in Nouakchott und ein paar Hundert in anderen Städten – im Hinblick auf die kleine Bevölkerungszahl dennoch beachtlich. Bemerkenswerterweise verliefen die Proteste fast ausschließlich friedlich. Die Demonstranten wandten fast keine Gewalt an. Die Polizei und das Militär verloren nach einigen Wochen die Geduld und setzten Wasserwerfer und Tränengas ein, um „nicht autorisierte“ Veranstaltungen aufzulösen. Doch es kam nur sehr selten zu Verhaftungen oder offenen Kämpfen<sup>5</sup>. Im Laufe des Jahres ebten die Proteste ab, einerseits wegen Uneinigkeiten innerhalb der Protestbewegung und andererseits aufgrund der Erkenntnis vieler Mauretanier, dass große Veränderungen wie ein Regimewechsel nicht stattfinden würden. Vor allem während einer Dürre und heftiger Regenfälle mit

Sturzfluten im Frühjahr 2012 flammten die Proteste wieder auf. Sie dauerten noch weit bis ins Jahr 2013 an – fast jede Woche gab es große Proteste in der Hauptstadt<sup>6</sup>.

### Heterogenität der Protestgruppen

Der große Unterschied zwischen den mauretanischen Protesten und denjenigen in anderen arabischen Ländern lag in der Heterogenität der mauretanischen Protestbewegung. Die Teilnehmer waren so unterschiedlich wie ihre Ziele. Die größte Gruppe war die Jugendbewegung 25F (benannt nach dem ersten großen Protest am 25. Februar 2011), deren oberste Ziele der Rücktritt von Präsident Aziz sowie allgemein mehr politische Freiheiten und bessere Lebensbedingungen waren. Nach einigen Wochen kursierte in den sozialen Netzwerken ein Manifest, das auf den Forderungen Dahouds basierte, mit den folgenden Punkten:

- Kompletter Rückzug des Militärs aus der Politik
- Stärkere Gewaltenteilung
- Schaffung einer nationalen Behörde zur Abschaffung der Sklaverei
- Umfassende konstitutionelle Reform inklusive einer Neuregelung des Wahlsystems
- Öffentliche Vermögensangabe von Regierungsbeamten
- Reform der lokalen Verwaltungsstrukturen und mehr Macht für gewählte Beamte
- Reform des Mediengesetzes<sup>7</sup>

Zeitgleich gab es eine Reihe von Protesten, die sich jeweils auf ein einziges konkretes Thema beschränkten, wie beispielsweise die Wasserknappheit im Osten des Landes oder die unzureichende Infrastruktur und Stromversorgung. Darüber hinaus organisierten Gewerkschaften Demonstrationen und verlangten bessere Arbeitsbedingungen. Außerdem protestierten sie gegen ein umstrittenes Fischereiabkommen mit einem chinesischen Unternehmen. Viele Anti-Sklaverei-Aktivist\*innen erhoben ihre Stimme, wie z.B. die Organisation l'Initiative pour le Resurgence du Mouvement Abolitionniste en Mauritanie (IRA-Mauritanie). Außerdem wurden viele ethnische Konflikte angesprochen – beispielsweise protestierte die Gruppe Touche pas à ma nationalité gegen rassistische Diskriminierung gegen Schwarzafrikaner in einer Volkszählung im Mai 2011 und allgemein gegen Ungleichbehandlung im Alltagsleben. Zusätzlich verlangte eine islamistische Bewegung, unter anderem unterstützt von der islamistischen Partei Tawassoul, einen Staat und eine Gesellschaft nach den Prinzipien des islamischen Rechts.

Die Oppositionsparteien verhielten sich gegenüber den Protesten ambivalent und eher zurückhaltend, doch die meisten Parteien ermutigten ihre Jugendorganisationen zur Teilnahme. Einige Parteien distanzieren sich aus taktischen Gründen (Wahlkampf) von der Regierungskoalition. Aus Furcht vor einer Destabilisierung des Landes stellte sich keine Partei direkt hinter die Bewegung. Die Anführer der Proteste selbst versuchten stets Assoziationen mit bestimmten Parteien zu meiden.

## Reaktion der Regierung

Die Regierung reagierte bemerkenswert schnell auf die Proteste und verkündete schon drei Tage nach Dahouds Selbstverbrennung eine Reihe populistischer Maßnahmen, um den Unruhen gleich zu Beginn den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die größte wirtschaftliche Initiative war ein umfassendes Programm zur Subventionierung von Lebensmitteln, genannt Opération Solidarité. Die Regierung errichtete landesweit 600 Geschäfte, die Grundnahrungsmittel wie Reis, Mehl, Zucker und Öl etwa 30% unterhalb des gängigen Marktpreises verkauften. Das Programm kam zwar anfangs bei der Bevölkerung gut an, doch bald wurden Beschwerden über die unzureichenden Rationen, die mangelhafte Qualität der Nahrungsmittel sowie die Korruption in vielen Geschäften laut. Hinzu kam, dass das Programm im Juli endete und somit ausgerechnet die mageren Monate vor der Ernte, nicht mehr abdeckte<sup>8</sup>.

Eine weitere kurzfristige Aktion der Regierung war eine Kampagne gegen Jugendarbeitslosigkeit – die Regierung versprach 17.000 Arbeitsplätze<sup>9</sup> zu schaffen und kündigte an, weitere 250 Beamte einzustellen. Außerdem startete sie ein Projekt zur Unterstützung der Landwirtschaft, etwa durch die Verbesserung der Bewässerungsinfrastruktur. Viele weitere ambitionierte und ungläubwürdige Versprechen folgten. Beispielsweise kündigte die Regierung an, sie würde für 100.000 Familien Wohnungen bauen<sup>10</sup>. Diese, zum Teil offensichtlich nicht umsetzbaren, Zusicherungen konnten die Demonstranten jedoch nur wenig beeindrucken, die stattdessen weiter für echte und langfristige Veränderungen auf die Straße gingen.

Neben den wirtschaftlichen Forderungen versuchte die Regierung auch die Rufe nach mehr Demokratie und nach einem Ende des Rassismus zu beruhigen. So ließ sie zunächst einige Journalisten aus dem Gefängnis frei. Außerdem beschloss sie im Juni 2011, an einige schwarzafrikanische Mitglieder des mauretanischen Militärs Schadensersatz zu zahlen, die Ende der 1980er Jahre wegen ihrer angeblichen Teilnahme an einem Putschversuch verfolgt und misshandelt worden waren<sup>11</sup>. Im September 2011 setzte die erste langfristige Veränderung, ausgelöst durch die Unruhen, ein: Die mauretanischen Radio- und Fernsehkanäle, die zuvor einem Staatsmonopol unterlagen, wurden nun endlich auch für private Sender zugänglich<sup>12</sup>.

Die größte und wohl wichtigste Errungenschaft des mauretanischen Arabischen Frühlings war die Verfassungsreform vom 6. März 2012. Die konstitutionellen Veränderungen waren das Resultat eines politischen Übereinkommens, das am 19. Oktober 2011 zwischen der Regierung und einigen Oppositionsparteien geschlossen wurde<sup>13</sup>. Die wichtigsten Änderungen waren, dass ein Staatsstreich und jegliche andere verfassungswidrige Machtänderung als unverjährbare Verbrechen eingestuft wurden (Art. 2). Sklaverei wurde als Straftatbestand offiziell in die Verfassung aufgenommen (Art. 13). Weitere Artikel stärkten die Macht des Parlaments, änderten die Zusammensetzung des Verfassungsrates oder legten fest, dass der Premierminister bei Amtsantritt durch ein Vertrauensvotum der Nationalversammlung bestätigt werden muss (Art. 42)<sup>14</sup>.

## Verebben der Proteste

Es gibt mehrere Gründe, weshalb die Unruhen in Mauretanien nie dasselbe Ausmaß erreichten wie beispielsweise in Tunesien oder Ägypten. Der sogenannte Arabische Frühling wurde in fast allen betroffenen Ländern zunächst von der jungen urbanen Mittelschicht getragen. Die gebildete Mittelschicht ist in Mauretanien sehr klein, dafür ist die Mehrheit der Bevölkerung extrem arm und über 40% sind Analphabeten<sup>15</sup>. Das Überschwappen der vergleichsweise recht kleinen Protestbewegung auf den Rest des Landes wurde insbesondere durch die geringe Bevölkerungsdichte (nicht einmal vier Personen pro km<sup>2</sup>)<sup>16</sup> sowie durch die schlechte Infrastruktur behindert. Die mangelnde Internetanbindung führte dazu, dass die Bewegung keine kritische Masse erreichen konnte: Nur etwa 2% der mauretanischen Haushalte haben Internetanschluss<sup>17</sup>. Dadurch wurde der Großteil der Bevölkerung von der Kommunikation der Protestgruppen ausgeschlossen, die, wie in anderen Ländern, hauptsächlich über soziale Netzwerke wie Facebook und Twitter ablief. Der fehlende Zugang zum Internet erschwerte es den mauretanischen Demonstranten, ihre Ansichten und Forderungen international zu verbreiten und so Unterstützung und Legitimation aus dem Ausland zu bekommen<sup>18</sup>.

Ein weiterer wichtiger Faktor, weshalb die Unruhen in Mauretanien keine tiefgreifenden Veränderungen hervorbringen konnten, lag in der bereits angesprochenen Heterogenität der Demonstranten. Hierbei waren es in erster Linie ethnische Unterschiede, da fast jede Protestgruppe jeweils nur eine ethnische Gruppierung repräsentierte. Einer der Hauptgründe hierfür liegt in der bisher kaum ausgebildeten mauretanischen Nationalidentität. Die meisten Bewohner Mauretaniens identifizieren sich in erster Linie mit ihrem Stamm oder ihrer Hautfarbe und nicht mit ihrer Staatsangehörigkeit<sup>19</sup>. Problematisch war insbesondere, dass sich die Anliegen der einzelnen Organisationen teilweise sogar widersprachen: Beispielsweise werden in Mauretanien oft bestimmte Interpretationen des Islams benutzt, um Sklaverei zu rechtfertigen. Diese Spannungen erreichten ihren Höhepunkt, als ein Anti-Sklaverei-Aktivist öffentlich islamische Gesetzestexte verbrannte und damit landesweite Empörung auslöste<sup>20</sup>. General Aziz nutzte die Gelegenheit und präsentierte sich als Verteidiger des Islams. Damit spielte er die islamistischen Gruppierungen und die Abolitionisten gegeneinander aus. Weitere Unvereinbarkeiten zwischen prodemokratischen und islamistischen Protestgruppierungen kamen zum Vorschein, als salafistische Frauen lautstark die Freilassung ihrer Ehemänner aus dem Gefängnis forderten und gegen Demokratie demonstrierten, die ihrer Ansicht nach inkompatibel mit dem Islam sei<sup>21</sup>.

Im Jahr 2013 begannen schließlich einige Protestgruppen verstärkt zusammenzuarbeiten und sich gegenseitig bei Demonstrationen zu unterstützen. Letztendlich bot selbst die islamistische Partei Tawassoul der abolitionistischen Vereinigung IRA-Mauritanie ihre Unterstützung an<sup>22</sup>. Das Angebot zur Zusammenarbeit kam zu spät, da die Proteste im Laufe des Jahres 2013 immer weiter zurückgingen und schließlich verebben.

## Gesamtbewertung

Langfristig ist in Mauretanien kein grundlegender politischer Wandel in Sicht. Nach mehrfacher Verschiebung wurden 2013 Parlamentswahlen abgehalten, die vom Großteil der Opposition boykottiert wurden. In der Präsidentschaftswahl 2014 riefen die meisten Oppositionsparteien erneut zum Wahlboykott auf und bezeichneten die Wahl als voreingenommen, ungerecht und als „groteskes Theater“<sup>23</sup>. Präsident Aziz gewann – wie erwartet – die Wahl für weitere fünf Jahre mit überwältigender Mehrheit. Allerdings war die Wahlbeteiligung aufgrund des Boykottaufrufs sehr gering<sup>24</sup>. Armut und Korruption sind in Mauretanien weit verbreitet, auch bezüglich der Sklaverei gibt es kaum Verbesserungen. Die Regierung richtete 2013 tatsächlich eine Behörde zur Bekämpfung der Sklaverei sowie ein spezielles Sklavereitribunal ein, doch der Behörde ist angeblich noch kein einziger Fall von Sklaverei untergekommen<sup>25</sup>. Die anhaltende Dominanz des Militärs verhindert ebenfalls eine echte Demokratisierung des Landes. Als ehemaliger General besitzt Aziz noch immer den Respekt der Truppen und betreibt dementsprechend eine sehr militärfreundliche Politik<sup>26</sup>.

Trotzdem ist die große Mehrheit der Mauretanier der Ansicht, dass der Arabische Frühling in ihrem Land einen überwiegend positiven Effekt hatte. Obwohl das Regime zu keinem Zeitpunkt ernsthaft vom Umsturz bedroht war und kein einziger hochrangiger Politiker zurücktreten musste, riefen die Unruhen bei der Regierung hohe Nervosität hervor, zwangen sie zum Handeln und zu gewissen Zugeständnissen. Gerade von der Verfassungsreform wird das mauretanische Volk langfristig profitieren, obwohl zwischen dem geschriebenen Recht und der Praxis noch eine erhebliche Kluft besteht. Auch die Änderungen in der Medienlandschaft machten sich sehr positiv bemerkbar: In den letzten Jahren war Mauretanien innerhalb der nordafrikanischen Länder laut Reporter ohne Grenzen stets mit großem Abstand das Land mit der größten Pressefreiheit; es steht mit Rang 55 noch vor Japan oder Italien<sup>27</sup>. Auch wenn in Mauretanien kein spektakulärer Umsturz wie in Libyen oder umfassende politische Reformen wie in Marokko stattfanden, ist der Wüstenstaat eines der wenigen Länder, in denen der Arabische Frühling tatsächlich positive Auswirkungen hatte und bis auf Dahouds Selbstverbrennung ohne weitere Todesopfer verlief.

Autorin: Sophia Krauel, Stipendiatin der Hanns-Seidel-Stiftung und Studentin der Kultur- und Wirtschaftswissenschaften an der Universität Passau, absolviert derzeit ein Praktikum im HSS-Büro Marokko

Verantwortliche Redaktion: Dr. Jochen Lobah, Regionalbeauftragter Hanns-Seidel-Stiftung Marokko / Mauretanien in Rabat

### IMPRESSUM

Erstellt: November 2015

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2015

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzende: Prof. Ursula Männle, Staatsministerin a.D.,

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Dr. Susanne Luther, Leiterin des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: [iiz@hss.de](mailto:iiz@hss.de), [www.hss.de](http://www.hss.de)

- <sup>1</sup> Anti-Slavery: "Slavery in Mauritania." [http://www.antislavery.org/english/slavery\\_today/descent\\_based\\_slavery/slavery\\_in\\_mauritania/default.aspx](http://www.antislavery.org/english/slavery_today/descent_based_slavery/slavery_in_mauritania/default.aspx)
- <sup>2</sup> Mohamed Vall. "Shooting triggers intrigue in Mauritania." Al Jazeera 14.10.2012. <http://www.aljazeera.com/blogs/africa/2012/10/42366.html>
- <sup>3</sup> Nasser Weddady, "Mauritania's Bouazizi Died Today." Dekhnstan Blog 23.01.2011. <https://dekhstan.wordpress.com/2011/01/23/mauritania-bouazizi-died-today>
- <sup>4</sup> Khalid Lum, "Mauritania's Days of Rage." Carnegie Endowment 18.05.2011. <http://carnegieendowment.org/sada/?fa=44062>
- <sup>5</sup> Economist Intelligence Unit: Mauritania - Country Report April 2011
- <sup>6</sup> Stefan Binder: "Revolution in Zeitlupe" Der Standard 26.04.2012. <http://derstandard.at/1334796260834/Revolution-in-Zeitlupe>
- <sup>7</sup> Khalid Lum, "Mauritania's Days of Rage." Carnegie Endowment 18.05.2011
- <sup>8</sup> Economist Intelligence Unit: Mauritania - Country Report July 2011
- <sup>9</sup> Sneiba Mohamed, "Mauritanie: La 'révolution des jeunes', un appoint à l'opposition?" Noor Info 20.02.2013. [http://www.noorinfo.com/Mauritanie-La-revolution-des-jeunes--un-appoint-a-l-opposition\\_a7824.html](http://www.noorinfo.com/Mauritanie-La-revolution-des-jeunes--un-appoint-a-l-opposition_a7824.html)
- <sup>10</sup> Ibid.
- <sup>11</sup> Raquel Ojeda García; "Mauritania tras la primavera árabe: posicionamiento de Tawassoul en las elecciones de 2013." Revista de Estudios Internacionales Mediterráneos, N. 15 (Juli-Dez. 2013): 79
- <sup>12</sup> Ibid.
- <sup>13</sup> Ahmed Salem Ould Bouboutt; "La revision constitutionnelle du 20 mars." L'Année du Maghreb. Dossier: Le Maghreb avec ou sans l'Europe? N IX. <http://anneemaghreb.revues.org/1982>
- <sup>14</sup> García: "Mauritania tras la primavera árabe"
- <sup>15</sup> UNICEF: Mauritania - Statistics. [http://www.unicef.org/infobycountry/mauritania\\_statistics.html](http://www.unicef.org/infobycountry/mauritania_statistics.html)
- <sup>16</sup> UN Data: Country Profile - Mauritania. <http://data.un.org/CountryProfile.aspx?crName=mauritania>
- <sup>17</sup> Sharif Nashashibi, "Mauritania's 'overlooked' Arab Spring." The Guardian 21.05.2014. <http://www.theguardian.com/commentisfree/2012/may/26/mauritania-overlooked-arab-spring>
- <sup>18</sup> Ibid.
- <sup>19</sup> "Printemps de 'velours' mauritanien: Pourquoi ça n'a pas pété." Noor Info 21.02.2013. [http://www.noorinfo.com/Printemps-de-velours-mauritanien-Pourquoi-ca-n-a-pas-pete\\_a7842.html](http://www.noorinfo.com/Printemps-de-velours-mauritanien-Pourquoi-ca-n-a-pas-pete_a7842.html)
- <sup>20</sup> Peter Dörrie: "The Arab Spring you haven't heard about – in Mauritania." Waging Nonviolence 23.05.2012. <http://wagingnonviolence.org/feature/the-arab-spring-you-havent-heard-about-in-mauritania/>
- <sup>21</sup> Ibid.
- <sup>22</sup> Ibid.
- <sup>23</sup> "Mauritania runner up rejects election results." Al Jazeera 24.06.2014. <http://www.aljazeera.com/news/africa/2014/06/mauritania-runner-up-rejects-election-results-2014624232816889671.html>
- <sup>24</sup> "Mauritanian president easily wins re-election" Al Jazeera 22.06.2014. <http://www.aljazeera.com/news/middleeast/2014/06/mauritanian-president-easily-wins-re-election-20146220638740160.html>
- <sup>25</sup> The Global Slavery Index: Mauritania <http://www.globallslaveryindex.org/country/mauritania/#prevalence>
- <sup>26</sup> Economist Intelligence Unit: Mauritania - Country Report July 2011
- <sup>27</sup> Reporter ohne Grenzen: Rangliste der Pressefreiheit 2015 [https://www.reporter-ohne-grenzen.de/uploads/tx\\_lfnews/media/Rangliste\\_der\\_Pressefreiheit\\_2015.pdf](https://www.reporter-ohne-grenzen.de/uploads/tx_lfnews/media/Rangliste_der_Pressefreiheit_2015.pdf)